

SCHIFFE, SCHIFFE, SCHIFFE

Der Rostocker Kreisverband der LINKEN hat am 1. März auf einem Kreisparteitag einen Generationswechsel eingeleitet. Nach vier bzw. zwei Jahren im Amt wurden die beiden Kreisvorsitzenden Wolfgang Methling und Kerstin Liebich herzlich verabschiedet. Zur neuen Doppelspitze wählten die Delegierten Eva-Maria Kröger (30) und Dr. Carsten Penzlin (36). Ihre erste Bewährungsprobe wird der anstehende Wahlkampf zu den Kommunal- und Europawahlen sein.



In seiner Rede zu Beginn des Parteitages zog der scheidende Kreisvorsitzende eine Bilanz der vergangenen vier Jahre. Als Brückenbauer habe er sich versucht, so Wolfgang Methling, und sei damit meist erfolgreich gewesen. Die vor zwei Jahren eingeführte Doppelspitze war hingegen nur bedingt ein Erfolg, wie auch Kerstin Liebich in ihrer Rede einräumte. Zu stark war sie in ihre Arbeit als Landesgeschäftsführerin in Schwerin eingespannt, so dass

sie schließlich selbst einen Schlußstrich zog und auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Sie betonte jedoch, sich auch weiterhin in Rostock engagieren zu wollen, z.B. im anstehenden Wahlkampf.

Es war Wolfgang Methlings letzte Rede als „Rostocker Politiker“, wie er selber betonte. In den politischen Ruhestand will sich der 66-jährige aber noch lange nicht verabschieden. Er wird im Landkreis Rostock Spitzenkandidat der LINKEN bei der Wahl des neuen Kreistages. Seine zahlreichen Ehrenämter werden ihn ohnehin auf Trab halten.

Natürlich wurden Wolfgang und Kerstin würdig verabschiedet. In ihren Reden hoben die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm sowie Carsten Penzlin insbesondere die Bedeutung Wolfgang für die Entwicklung der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen gut 20 Jahren hervor. Auch in schwierigen Zeiten war Wolfgang der „Fels in der Brandung“, der weit über die Grenzen der Partei hinaus erfolgreich für die linke Idee warb.

Und noch ein tränenreicher Abschied: Elfriede König beendete ihre jahrelange erfolgreiche Arbeit als Schatzmeisterin des Kreisverbandes. Ihr Name wurde im ganzen Landesverband zu

einem Synonym für solide Haushaltsführung. Gleichzeitig war sie auch eine glänzende Organisatorin und nicht zuletzt eine wichtige Ansprechpartnerin für alle älteren Genoss_innen im Kreisverband – kurz: die gute Seele der Rostocker Linken. Dafür sei ihr gedankt.

Fortsetzung auf S. 3

In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial
Seite 3-4: Kreisparteitag
Seite 5: Kreistagswahl
Seite 6-8: Europaparteitag
Seite 9: Friedenspolitik
Seite 10: Offener Brief
Seite 11: Kommunalpolitik

Seite 12 : Kurt Kaiser
Seite 13 : Wolfgang Gehrke
Seite 14 : Heinrich Fink
Seite 15 : Post aus der Ukraine
Seite 16 : Hans Warnke

Viel Neues bei der Rostocker LINKEN. Neuer Kreisvorstand mit neuen Vorsitzenden, neue Schatzmeisterin, neue Geschäftsstelle. Ab dem 10. März findet Ihr den Anlaufpunkt der Rostocker Linkspartei in der Kröpeliner Str. 24, Eingang Rungestraße. Der Zutritt zum Büro ist nun barrierefrei.

Der Klartext bleibt, wie er ist. Es bleibt unser Ziel, dass alle Mitglieder der Partei möglichst umfassend über die Arbeit der Partei informiert werden. Wie Ihr sehen werdet, berichten wir diesmal ausführlich über Parteitage, auf denen wichtige Weichenstellungen getroffen wurden. Die anstehenden Wahlkämpfe werfen ihre Schatten voraus. Im Landkreis wurde der Spitzenkandidat zur Wahl des Kreistages gekürt – Peter Möller berichtet. Dort wie auch in Rostock wurde ein Kommunalwahlprogramm verabschiedet, über das wir im April noch ausführlicher informieren werden. Schließlich ist das Programm die Grundlage für Euer persönli-

ches Engagement im Wahlkampf – auf der Straße, im Kleingarten, im Verein oder in der Familie.

Am 25. Mai ist aber nicht nur Kommunalwahl, sondern auch Europawahl. Zwei Berichte setzen sich kritisch mit dem Hamburger Parteitag auseinander, auf der unser Europawahlprogramm verabschiedet und die LINKEN Kandidaten gewählt wurden. Bei aller Kritik sollten wir aber doch mit einer gehörigen Portion Enthusiasmus in den Wahlkampf ziehen.

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Pressemitteilung des SDS. Rostock: Unhaltbare Zustände beim Rostocker Bildungsträger HWBR

Die Freizügigkeit ist wohl das größte Plus der EU. Vor allem für junge Menschen bietet sich eine Chance in einem anderen Land glücklich zu werden. Vor dem Hintergrund der Banken- und Finanzkrise mit ihren furchtbaren Auswirkungen auf den Süden Europas, wo die Jugendarbeitslosigkeit bei bis zu 50% liegt, ist die Möglichkeit in einem anderen Staat zu arbeiten ein Glücksfall. Viele dieser jungen Menschen verlassen notgedrungen ihre Heimat um sich in Ländern wie Deutschland eine neue Perspektive aufzubauen. Deutschland sollte sie willkommen heißen! Immerhin stehen wir vor den Herausforderungen des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels. Aber auch kulturell sind sie eine Bereicherung und jede Form des Austausches lässt Europa und die Europäer stärker zusammenwachsen.

Viele Betriebe und Träger haben dies erkannt und so gibt es eine Reihe gut funktionierender europäischer Projekte und Kooperationen, die jungen, hochmotivierten Menschen eine Ausbildung in Deutschland möglich machen. Vor allem weniger attraktiv erscheinende Betätigungsfelder mit rückläufigen Auszubildendenzahlen, wie etwa das Handwerk, sehen hierin eine große Chance.

Allerdings gibt es auch eine Reihe schwarzer Schafe, die Not und Hoffnung ausländischer

Jugendlicher zur Profitmaximierung nutzen wollen. Die Hanseatische Weiterbildungsgemeinschaft Rostock (HBWR) scheint eines dieser schwarzen Schafe zu sein. Wie der Ostseezeitung vom 04.03.2014 zu entnehmen ist, haben spanische und italienische Jugendliche, die Teil des Projektes „Der Job deines Lebens sind“, sich bei der IHK Rostock über untragbare Zustände beschwert.

Den Vorwürfen dieser Jugendlichen ist seitens der IHK nachzugehen. Bestätigen sich die Anschuldigen, müssen diese Menschen umgehend ordentlich untergebracht werden und die versprochenen Deutschkurse erhalten.

„Projekte wie diese dürfen keine Möglichkeit für Betriebe oder Träger sein, um auf Kosten ausländischer Arbeitssuchender einen schnellen Euro zu verdienen. Ähnliche Geschäftsmodelle werden schon seit Jahren an deutschen Arbeitssuchenden zum Einsatz gebracht, was schlimm genug ist. Es hat sich über die letzten Jahre ein regelrechter Markt herausgebildet, der sich an der Not der Menschen bereichert, Unmengen an öffentlichen Geldern verschlingt, aber den Menschen in keiner Weise weiterhilft. Wenn wir Menschen von außerhalb zu uns holen, damit sie hier arbeiten können, dann haben wir ihnen gegenüber eine besondere Sorgfaltspflicht.“ so der Sprecher der Hochschulgruppe DIE LINKE. SDS Rostock, Christian Albrecht.

Wir sagen, dass damit Schluss sein muss! Diesem Missbrauch muss ein Riegel vorgeschoben werden. Es muss strenger reguliert und kontrolliert werden, um Zustände wie diese zu verhindern. Es kann nicht sein, dass eine gute Idee auf solche Weise ad absurdum geführt wird.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Hörnig, Peter Möller,
Dr. Carsten Penzlin

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Carsten Penzlin

Druckerei Weidner GmbH
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Kreisparteitag in Rostock - Fortsetzung



Fortsetzung von S. 1

Große Fußstapfen sind es, in die nun eine Generation jüngerer Genoss_innen tritt. Der Rostocker Kreisverband wird künftig von Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin angeführt. Eva, unsere Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, möchte insbesondere die Mitgliederbetreuung und -gewinnung optimieren. DIE LINKE soll auch über die Wahlkämpfe hinaus auf der Straße präsent sein. Bei der Wahl erhielt sie 67 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen. Ihr Co-Vorsitzender wird Carsten Penzlin sein. Er betonte in seiner Vorstellungsbildung die Bedeutung der Partei als Ansprechpartnerin für alle gesellschaftlichen Gruppen. Über die praktische Politik im Alltag hinaus müsse DIE LINKE am Ziel des demokratischen Sozialismus festhalten: Pragmatismus **und** Utopie – hier gelte es in der politischen Arbeit die richtige Mischung zu finden. Carsten wurde mit 69 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen zum Kreisvorsitzenden gewählt.



Wahl zum männlichen stv. Kreisvorsitzenden hatten die Delegierten nun zum ersten Mal die Qual der Wahl. Marcel Eggert oder Ralf Malachowski? Soziologiestudent Marcel möchte im Kreisverband eine Willkommenskultur etablieren. Politisch Interessierte müssten sagen: „Diese Partei ist doch ganz anders als die anderen.“ Hier kann jeder mitmachen. Marcel will den Dialog mit allen Genoss_innen suchen; Erfahrung und Innovation müssten Hand in Hand gehen. Ralf, der krankheitsbedingt leider nicht anwesend sein konnte (Gute Besserung für Dich!!!), will sich für ein attraktives Parteileben einsetzen und das soziale Miteinander im Kreisverband stärken. Die Delegierten entschieden sich für Marcel Eggert (42 zu 27 Stimmen). Ralf wurde aber wieder zum Mitglied des Kreisvorstandes gewählt und kann dort genauso gut seine Vorstellungen umsetzen. Zur neuen Schatzmeisterin des Kreisverbandes wurde ohne Gegenstimme Marlis Schröder gewählt. Sie arbeitet noch bis

Mit verdienten 100 Prozent Zustimmung wurde Elke Friedl im Amt der stv. Kreisvorsitzenden bestätigt. Die Lehrerin berichtete, wie sie am Arbeitsplatz linke Politik in die Tat umsetzt und dafür Anerkennung erfährt. Und jeder weiß, dass sie eine LINKE ist. Bei der

Mitglieder des Kreisvorstandes zu bestimmen. Wieder gewählt wurden Angelika Blümecke und Petra Liebke, neu hinzukommen Angela Pfefferkorn (Lehrerin und Oberstufenkoordinatorin in Kühlungsborn) sowie Katharina Schlaack. Katharinas Stärken sind das Organisieren von Kampagnen und der Brückenschlag zu linken Initiativen außerhalb der Linkspartei. Beides wird der Partei großen Nutzen bringen können.

Bei den Männern gab es mehr Kandidaten als zu vergebende Plätze. Gewählt wurden schließlich Benjamin Baumann (der 26-jährige ist selbständiger Berater in der Kunstbranche), Wolfgang Bergt (Lehrer und langjähriger Klartext-Redakteur), Jörn Schulz (der 36-jährige ist Spezialist für die „neuen Medien“) sowie Ralf Malachowski. Die ausscheidenden Mitglieder des Kreisvorstandes Renate Baumgärtel, Elfriede König, Liv Peter und Andreas Reinke wurde herzlich verabschiedet.

Unter der souveränen Leitung der scheidenden Kreisvorsitzenden Kerstin Liebich wurde schließlich noch über unser Kommunalwahlprogramm beraten. „Schiffe, Schiffe, Schiffe“ – mit diesen Worten machte Eva-Maria Kröger gleich zu Beginn ihrer Rede deutlich, welches Thema den Wahlkampf prägen könnte. Klare Worte fand Eva zu dem Versuch des Oberbürgermeisters, das Bürgerbegehren über das Traditionsschiff zum Aufhänger für eine üble Kampagne gegen die Bürgerschaft zu machen, obwohl er weiß, dass das Begehren mit gravierenden rechtlichen Schwächen behaftet ist. Es könne extrem frustrierend sein, in dieser Stadt Politik zu machen – so das entsprechende Fazit unserer Fraktionsvorsitzenden. Die Bürgerschaft lehnte in einer Sondersitzung das Bürgerbegehren ab. Unsere Fraktion hatte vergeblich vorgeschlagen, die Entscheidung noch einmal zu vertagen, um der Verwaltung Gelegenheit zu geben, die wahren Kosten zu ermitteln.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Jörn Schulz

auch mit Worten gut umzugehen vermag. Nun galt es noch vier weitere weibliche



Auf die nächsten zwei Jahre

Auf die nächsten zwei Jahre! Die Verbindung der Generationen bleibt auch in Zukunft eine Hautaufgabe – Ein Dankeschön und eine Einladung

Am 1. März diesen Jahres fand die erste Tagung des 4. Kreisparteitages der LINKEN in Rostock statt. Mit der Neuwahl des Kreisvorstandes haben wir eine deutliche Verjüngung erfahren. Neben neuen Mitgliedern im KV haben mich die Delegierten mit 92,9% wieder für die kommenden zwei Jahre zum Jugendpolitischen Sprecher gewählt. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Genoss_innen bedanken, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben. In den letzten beiden Jahren konnten wir gemeinsam viele Fortschritte machen, wenn es darum ging jüngere und ältere Generationen zu verbinden. Das wird auch in Zukunft meine Hauptaufgabe sein. Lasst uns die kommenden Monate ver-

mehrt ins Gespräch kommen. In der Vergangenheit konnte ich einige Stadtteilverbände und Basisorganisationen besuchen. Die kommende Legislatur möchte ich solche Besuche ausbauen. Sie sollen zu einem wichtigen Eckpunkt meiner innerparteilichen Arbeit werden, denn als jugendpolitischer Sprecher geht es nicht nur um die Jugend, sondern um die Verbindung der Generationen. Ich möchte euch deshalb einladen, mich einzuladen. Was erwartet ihr von jungen Menschen? Was wollt ihr an die nächsten Generationen weitergeben? Wo liegt euer Augenmerk? Diese und andere Fragen möchte ich in Zukunft mit euch diskutieren. Meldet euch einfach in unserer Geschäftsstelle oder schreibt mir direkt per Mail an nico.burmeister@gmx.de.

Die Erfahrung der Älteren brauchen wir genauso wie die Innovation der Jüngeren. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass ge-

genseitiges Verständnis und Respekt vor anderen Lebensweisen der Generationen möglich ist und uns stärker macht. Lasst uns noch stärker werden, liebe Genossinnen und Genossen! Auf die kommenden zwei Jahre!

Nico Burmeister



Unser Wasser gehört zu uns!

Seit 20 Jahren betreibt EURAWASSER die Wasserver- und -entsorgung in Rostock. 2018 läuft der bestehende Vertrag mit dem Unternehmen aus. Dann kann die Kommune das Geschäft mit dem Wasser endlich wieder selbst in die Hand nehmen. Schließlich gehört es zur Daseinsvorsorge und somit in öffentliche Hand. Die Gewinne, die jetzt noch in die Kasse eines internationalen Konzerns wandern, kommen dann endlich wieder der Hansestadt zugute. Eine umfangreiche Prüfung hat ergeben, dass Rostock beim Betrieb mindestens 5 Millionen Euro sparen kann. Das hängt mit steuerrechtlichen Vorteilen zusammen und mit Einsparungen bei der Aufnahme von Krediten für Investitionen. Denn eine Kommune bekommt am Kreditmarkt viel günstigere Zinsen als ein Unternehmen. Dazu kämen noch die Gewinne, die sich ergeben. Unsere Fraktion hat alle Untersuchungen und mögliche Risiken gründlich geprüft und wird natürlich für die Rekommunalisierung stimmen. Nachdem die Partnerschaft mit EURAWASSER 2018 beendet ist, soll eine kommunale GmbH gegründet werden. Diese so genannte Nordwasser GmbH wird das operative Geschäft führen, während alle Anlagen und

zukünftigen Investitionen so wie bisher über den Warnow-Wasser und Abwasserverband (WWAV) laufen. Dabei behält die Hansestadt Rostock die Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungen – auch in Bezug auf die Verwendung der Gewinne. Das Personal wird dabei fast vollständig übernommen. Ein paar wenige Mitarbeiter_innen wechseln in ein anderes Unternehmen

der selbst zu übernehmen!

Eva-Maria Kröger



der Wasserwirtschaft. Wir freuen uns über diese großartige Chance, die Aufgabe der Wasserver- und -entsorgung als Stadt wie-

Wolfgang Methling Spitzenkandidat im Landkreis



Qualität der Kandidaten. Der Grund war immer die langfristige und sorgfältige Vorbereitung.

So war es auch am 1. März, früher Tag der NVA, auf unserer Gesamtmitgliederversammlung in Reinshagen. Überraschungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten blieben aus. Aber viel Steh (Sitz-)vermögen und Geduld brauchten die Genossen schon. 80 kamen aus unserem Kreisverband. Fast alle hielten auch bis zum Ende durch. Zunächst wählten wir die Kandidaten für die Gemeindevertre-

Listen wurden durch die Gesamtmitgliederversammlung in der vorgelegten Form bestätigt. Das ist nicht selbstverständlich, denn jeder Wahlberechtigte kann ja die Reihenfolge auf der Liste mit seiner Vergabe der Platzziffern beeinflussen.

Der Vizepräsident des Kreistages, Genosse Wolfgang Methling, erklärte sich bereit, als unser Spitzenkandidat in allen Wahlbereichen anzutreten. Er wurde einstimmig gewählt. Die beiden folgenden Kandidatinnen auf der jeweiligen Liste sind weitaus mehr als nur „Quotenfrauen“. Sie sind alle in den Wahlbereichen bekannt, erfahren in der Kommunalpolitik und für alle Wähler ganz sicher ein gutes Angebot.

Daß die Veranstaltung mehr war als eine Pflichtübung für unsere Genossen zeigte sich auch in der anschließenden Diskussion zum Kreiswahlprogramm. Es gab zahlreiche Wortmeldungen und Änderungsvorschläge, die auch zu Veränderungen im Entwurf des Wahlprogramms führten. Unsere Veranstaltung hat ihren Zweck also erfüllt. Das Ergebnis ist der Wille der Mitglieder unseres Kreisverbandes.

Ein Mangel aber bleibt. Wir benötigen dringend ein Wahlverfahren, das sachlich korrekt ist, aber wesentlich weniger zeitintensiv. Nun haben wir ja fünf Jahre Zeit es zu finden.

Peter Möller

Nur Pflichtübung ?

Die Aufstellung langer Kandidatenlisten in zahllosen Wahlgängen ist immer mit viel Zeitaufwand verbunden. Spannend ging es dabei in unserem Kreisverband bisher nicht zu. Das lag aber nicht an mangelnder

tungen in den Orten ohne eigene Basisorganisation. Danach ging es an die Aufstellung der Listen für die Wahl zum Kreistag. Der Kreisvorstand hatte für alle 13 Wahlbereiche Listenvorschläge erarbeitet und den Mitgliedern damit ein gut durchdachtes Angebot unterbreitet. Wie gut das war zeigte sich im Ergebnis der Wahlen – alle

Geburtstage im Landkreis

Rudolf Alms	BO Carbäk	80. Geburtstag
Dr. Herbert Burck	BO Sanitz	86. Geburtstag
Heinz Clement	BO Kammerhof Bad Doberan	82. Geburtstag
Hans Dally	BO II Bad Doberan	92. Geburtstag
Klaus-Dieter Gebauer	BO Carbäk	60. Geburtstag
Annerose Sasum	BO Sanitz	86. Geburtstag
Thomas Schober	BO Graal-Müritz	35. Geburtstag
Thea Schulz	BO Amt Schwaan	86. Geburtstag
Inge Unverricht	BO II Bad Doberan	84. Geburtstag
Hildegard Wagner	BO II Bad Doberan	91. Geburtstag
Günter Waldschläger	BO Satow	84. Geburtstag
Ilse-dore Wilke	BO Kritzmow	84. Geburtstag
Klaus Zeplien	BO Papendorf	65. Geburtstag

LYRIK

Beim Namen genannt (von Jürgen Riedel)

Phänomen
armutsbedrohten Tätigkeiten
Würdebegriff Arbeit zu verleihen
bei Kriegshandlung
Platinwert-Wort humanitäre Aktion
ausgeleiert zu verwenden
heißt von der Leyen

Täter (von Jürgen Riedel)

Bankräuber
ohne Schußwaffengebrauch Geiselnahme
nicht schlimmer
als legale Geißel der Gesellschaft:
solche Unternehmer
erschießen in durchgeknallter Gier
das Soziale:
Massenentlassung lasziver Niedriglohn

Europaparteitag in Hamburg

„Es ist gelungen, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Die Partei hat gezeigt, dass es ein Zentrum gibt, das auf Ausgleich setzt. Und wir haben tollen Nachwuchs! Der Wahlkampf kann beginnen – für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa!“ So lautet das Fazit unserer Parteivorsitzenden Katja Kipping zum Hamburger Europaparteitag. Die Namen von 20 Kandidatinnen und Kandidaten (siehe S. 8) stehen auf der LINKEN Liste zur Europawahl am 25. Mai – darunter auf Platz 4 Genosse Helmut Scholz, der in Rostock ein Wahlkreisbüro unterhält, sowie auf Platz 15 Genossin Ida Schillen aus Rostock.

An dieser Stelle dokumentieren wir zwei persönliche Eindrücke vom Parteitag. Vielen Dank an Birgit Schwebs und Nico Burmeister.



Gedanken nach dem Bundesparteitag

Von *Birgit Schwebs*

Vor mehr als 25 Jahren gehörte ich einer Partei an, in der politische Entscheidungen und Beschlüsse immer öfter kopfschüttelnd mit den Worten: „Die Genossen (dort oben – B.S.) werden sich schon was dabei gedacht haben...“ kommentiert wurden. Ziemlich ratlos saß ich auf der Rückfahrt vom Bundesparteitag im Auto, schaute auf die Autobahn und fragte mich, was an diesem Wochenende falsch gelaufen war. Im Nachhinein wurde es mir klar, es war dieses Gefühl: ‚die GenossInnen werden sich schon etwas dabei gedacht haben...‘ Aber was hatten sie sich gedacht? Und warum? Das weiß ich bis heute nicht wirklich. Ich

will mal versuchen, es zu erklären.

Viele Wochen vor dem Bundesparteitag wurde uns der Entwurf des Wahlprogramms zu den Europawahlen zur Diskussion übergeben. Und wie immer erhielten die Delegierten ein dickes Heft mit den Änderungsanträgen, die in wochenlangen Diskussionen von GenossInnen und SympathisantInnen erarbeitet worden waren. Und es gab sogar einen kompletten neuen Vorschlag für die Präambel – vorgelegt von Wolfgang Gehrcke und Dieter Dehm. Auch dieser wurde heiß diskutiert. Mir hat dieser Vorschlag gut gefallen – nicht nur weil er prosaischer war. Nein, ich fand ihn in Form und Inhalt klar – mit teils deutlichen und doch emotionalen Worten in bildhafter Sprache beschrieben die Autoren in ihm die gegenwärtige Verfaßtheit der EU, unsere Ziele und unsere Aufgaben im Kreis

der europäischen Linken. Diese Präambel hätte neugierig gemacht auf das dazugehörige Programm – denke ich. Und dann begann Gregor Gysi im letzten Dezember über die Medien eine fatale Debatte über einen einzigen Satz in der Präambel – ein Satz, der die europäische Union als das charakterisiert, was sie von Anfang an war: ein wirtschaftliches Zweckbündnis europäischer Staaten, das inzwischen versucht, weltweit offen militaristisch seine ökonomischen Interessen durchzusetzen und in seinen Mitgliedsländern die gewachsenen sozialen und demokratischen Strukturen unterwandert und zerstört. Auf Grund der daraufhin innerhalb und insbesondere außerhalb der Partei geführten Debatten wurde dem Bundesparteitag kurz vor Beginn ein „Kompromiss“ vorgelegt, der die EU-Kritik abschwächte. Änderungen an diesem Text waren nicht möglich. Flügelübergreifend wurde für den Kompromiss geworben – von Sarah Wagenknecht u.a. mit der Begründung, dass die EU-Kritik an verschiedenen Stellen des Programmentwurfs viel deutlicher festgeschrieben sei. Wolfgang Gehrcke zog im Namen der Einreicher seinen Entwurf zurück, so dass der Kompromiss mit großer Mehrheit an-

genommen wurde. Aber was haben sich die GenossInnen dabei gedacht? Sollte „nur“ kein Bild der Zerstrittenheit vom Parteitag an die Medien gehen? Oder ist das die Antwort auf den Parteitagsbeschluss der SPD, mit dem sie die LINKE zu einer „verantwortungsvollen Außen- und Europapolitik“ auffordert, da es ansonsten keine Perspektive für rot-rot-grün auf der Bundesebene gäbe?

Auch bei der Listenaufstellung der Kandidaten für das Europäische Parlament gab es manche nicht nachvollziehbare Entscheidung durch die Delegierten. Die Mehrheit der Delegierten ließ sich bei der Abstimmung über die Kandidaten eher nicht von deren Kompetenzen oder politischen Zielen überzeugen, sondern folgte den Empfehlungen der führenden GenossInnen von den Saalmikrofonen. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass ein ausgewiesener Streiter für Frieden und Abrüstung wie Tobias Pflüger weder auf Platz 2 noch auf Platz 4 Chancen hatte. Gut in Erinnerung ist mir die Stichwahl um den Platz 6 – hier standen sich letztlich Dominic Heilig und Fabio De Masi gegenüber. Beide hatten sich mit sehr konkreten Vorstellungen bekannt gemacht, Heilig mit gesellschaftspolitischem Wissen, De Masi mit der Darstellung ökonomischer Zusammenhänge der Finanzkrise. Für Dominic Heilig warb Petra Pau, für De Masi der SDS. Und es war deutlich zu spüren, wie sich die Stimmung De Masi zuneigte, nachdem Sarah Wagenknecht am Saalmikrofon für ihn gesprochen hatte. Warum aber letztlich Sabine Wils, eine ausgesprochen kämpferische und profilierte EU-Abgeordnete zuerst von Martina Michels (deren kommunalpolitische Kompetenz nicht in Frage steht) und dann im Kampf um Platz 9 auch noch von Sofia Leonidakis, die keinerlei politisches Profil gezeigt hatte, geschlagen wurde, das will sich mir nicht erschließen. Aber: die GenossInnen werden sich etwas dabei gedacht haben...

Mit der jetzt gewählten Liste werden wir in der kommen Fraktion der GUE/NGL nicht zum linken Flügel gehören, befürchte ich. Nein, das bedaure ich wirklich. Gerade weil in Europa die nationalistischen und rechten Töne immer lauter werden, was sich ganz sicher auch in der Zusammensetzung und in der Politik des Europäischen Parlamentes in der nächsten Legislatur zeigen wird. Und was werden sich die GenossInnen dann denken?

Europaparteitag in Hamburg



„Vernunft: das Einzige, was zählt?“ - Gedanken zur 1. Tagung des 4. Bundesparteitags in Hamburg

Von Nico Burmeister

Am 15. und 16. Februar fand in Hamburg die erste Tagung unseres vierten Bundesparteitags statt. Ich war das erste Mal als Delegierter für den Kreisverband Rostock in Hamburg. Das Wochenende empfand ich als sehr spannend, einiges stimmte mich allerdings sehr nachdenklich.

In unserer Partei gibt es eine recht große Spannweite an politischen Ideen. Der oft hervorgehobene Pluralismus unserer Partei ist eine unserer Stärken. Wir diskutieren tatsächlich um Inhalte und die richtigen Vorgehensweisen. Doch dürfen wir Pluralismus nicht mit Beliebigkeit verwechseln. Unsere Partei gibt es in dieser Form letztlich aus zwei Gründen:

Dieses Land braucht eine starke Partei, die sich zum einen gegen die unsoziale Politik der neoliberalen Parteien und zum anderen gegen jeden Kampfeinsatz der Bundeswehr und der NATO stellt. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen Kriege und Gewalt sind unsere Kernthemen. Diese beiden Punkte sind der Grund, weshalb viele Menschen in unsere Partei eingetreten sind, sie sind der Grund, weshalb uns Menschen wählen. Umso bedenklicher sind die Entwicklungen auf dem letzten Bundesparteitag.

Die EU: „neoliberal, militaristisch und undemokratisch“ - auch wenn's so nicht in unserem Programm steht

Seit Monaten wurde innerparteilich und nicht zuletzt in den öffentlichen Medien über diesen Parteitag diskutiert. Besondere

Aufmerksamkeit schenkte die breite Öffentlichkeit einer möglichen „alternativen Liste“ für die kommenden Europawahlen sowie die Präambel unseres Europawahlprogrammes.

Zunächst gab es zwei Programmentwürfe: Ein Vorschlag aus der – um es vereinfacht zu sagen – Reformer_innenecke unserer Partei und einen vom linken Flügel um Dieter Dehm. Schließlich einigten sich Vertreter_innen beider Lager auf einen Kompromissentwurf. Dieser wurde letztlich als Grundlage unseres schließlich beschlossenen Europawahlprogrammes von den Delegierten angenommen.



der mir noch lange in Erinnerung bleiben wird, trifft den Nagel auf den Kopf: „Die EU hätte eine Chance für die Menschen sein können. Aber das ist lange vorbei.“ Und tatsächlich bleibt von der EU heute nicht mehr viel übrig als eine Interessenvertretung für Banken und Großunternehmen, wie nicht zuletzt die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA belegen. Der Satz, die EU sei „neoliberal, militaristisch und undemokratisch“ steht so heute nicht in unserem Europawahlprogramm. An anderen Stellen des verabschiedeten Programms scheint diese Position ansatzweise durch, so klar und deutlich wie ursprünglich wird es nirgends erwähnt.

Im Nachgang des Parteitages meinte Prof. Dr. Wolfgang Methling nicht ganz zu unrecht, es sei ein Europawahlprogramm, hinter dem wir uns versammeln können. Tatsächlich ist es ein Programm, dass (zu) viele Schwächen hat. Viele positive Änderungsanträge wurden von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Dieses Programm ist eines, hinter dem wir uns versammeln müssen, wenn wir Parteien wie der NPD, AfD und co. nicht das Feld überlassen wollen... besonders nach der Aufhebung der 3%-Hürde für das EU-Parlament durch das Bundesverfassungsgericht. Die Dis-

kussion um die politische Ausrichtung unserer Partei wird auch die kommenden Jahre weitergehen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Auf dem Foto: Helmut Scholz

Es ging in dieser Debatte um nicht weniger als die Frage, ob die Europäische Union eine Chance für ein gerechtes Europa oder ein Machtinstrument der herrschenden Klasse, also der Konzerne und Bankenclans, sei. Diese Frage beschäftigten nicht wenige Genoss_innen in der offiziellen Generaldebatte, nicht zuletzt aber in kleineren Gesprächsrunden am Rande des Parteitages. Ein Satz eines Genossen,



Europaparteitag in Hamburg

Fortsetzung von S. 7



Gegenliste der parteirechten Strömung „Forum demokratischer Sozialismus (FdS) durchgebracht

Nicht nur das Wahlprogramm, auch die Kandidat_innenliste zur Europawahl hat Schwächen. Verschiedene Vertreter_innen der ostdeutschen, von Reformen_innen unserer Partei dominierten, Landesverbände brachten im Vorfeld des Parteitages eine Gegenliste zu der vom Bundesausschuss beschlossenen Europaliste in den Umlauf. Es ist kaum notwendig zu erwähnen, dass ihre Liste nur marginal Genoss_innen aus den westdeutschen Bundesländern berücksichtigte. Die besagte Liste wurde im Vorfeld des Parteitages an verschiedene Delegationen ausgeteilt, auch an die Delegierten Mecklenburg-Vorpommerns. Diese Liste wurde dann von der Mehrheit der Delegierten bestätigt.

Selbst der sehr bekannte Friedenspolitiker Tobias Pflüger, der ursprünglich für Platz

2 der Liste nominiert war, wurde letztlich nicht gewählt. Nachdem er auch auf Platz 4 knapp scheiterte, verzichtete Tobias auf eine weitere Kandidatur. Mit der Nichtwahl von Tobias Pflüger hat unsere Partei ein klares Bekenntnis abgegeben: Friedenspolitik spielt in unserer Partei eine immer nachgeordnetere Rolle. Die Abwertung und Aushöhlung unserer friedenspolitischen Inhalte ist jedoch moralisch höchst fragwürdig und wahltaktisch falsch. Wir werden wegen unseres Einsatzes für den Frieden gewählt. Wenn wir dieses Engagement aufgeben – nunja, ihr wisst selbst wie es dann mit unserer Partei weitergehen wird.

Schlussendlich wurden nahezu alle vom Reformen_innenlager vorgeschlagenen Kandidat_innen sozusagen „durchgewunken“. Zu begrüßen sind jedoch die Wahlen von Fabio De Masi auf Listenplatz 6 sowie die Wahl Sabine Lösings für Listenplatz 4. Beides sind aussichtsreiche Plätze. Ich wünsche den beiden viel Erfolg im Wahlkampf und hoffentlich ab Ende Mai im Europäischen Parlament. Sabine und Fabio stehen für klare linke Inhalte. Außerordentlich gefreut hat mich auch die Wahl von Malte Fiedler auf Listenplatz 10. Malte wurde vom Jugendverband für die Europaliste unserer Partei vorgeschlagen.

* * *

„Wie Lasalle sagte, ist und bleibt die revo-

lutionärste Tat, immer ‚das laut zu sagen, was ist‘.“ – Rosa Luxemburg

* * *

Der Bundesparteitag war eine Bereicherung für mich. Neue Menschen und Kontakte konnte ich ebenso knüpfen, sowie weitere Einblicke in die bundesweiten Strukturen unserer Partei gewinnen. Leider war das Wochenende längst nicht nur mit positiven Erfahrungen gespickt. Die Art und Weise, wie einige Parteigenoss_innen offensichtlich versuchen, mit Klüngeleien und Taschenspielertricks die Politik unserer Partei zu bestimmen, ist für mich mehr als beschämend. Wenn wir nicht begreifen, dass eine LINKE nur dann Erfolg haben kann, wenn wir ost- und westdeutsche Genoss_innen brauchen, dass wir sowohl den einen wie den anderen innerparteilichen Flügel in bestimmten Maßen brauchen, werden wir nicht mehr lange bestehen. Das Karrieredenken Einiger, die nicht davor zurückschrecken fundamentale Grundsätze unserer Partei über Bord zu werfen um künftige Regierungsbeteiligungen zu ermöglichen, sind nichts anderes als die Totengräber unseres linken Projektes, welches in Deutschland seines Gleichen sucht. Wir werden nur dann stark sein als Linke, wenn wir andere dazu bringen, unsere Positionen zu übernehmen. Opportunismus und Machtstreben ist ein Markenzeichen der neoliberalen Parteien. Demokratischer Sozialismus setzt jedoch ein solidarisches Miteinander voraus. Eine Lektion, die längst nicht alle Menschen in unserer Partei begriffen haben oder begreifen wollen.

So sieht die Liste bis Platz 10 aus:

- Platz 1: Gabi Zimmer
- 2: Thomas Händel
- 3: Cornelia Ernst
- 4: Helmut Scholz
- 5: Sabine Lösing
- 6: Fabio de Masi
- 7: Martina Michels
- 8: Martin Schirdewan
- 9: Sofia Leonidakis
- 10: Malte Fiedler

Nach dem Parteitag sprach Helmut Scholz unserem Landesverband seinen Dank aus:

Liebe Genossinnen und Genossen, ein erfolgreicher Bundesparteitag liegt hinter uns. Mit dem Europawahlprogramm und der KandidatInnenliste zur Europawahl haben wir die Weichen für einen engagierten Wahlkampf gestellt. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei euch für eure Unterstützung und die schon jetzt geleistete Arbeit bedanken! Es gibt mir viel Kraft und Motivation diesen tollen Landesverband hinter mir zu wissen. Nun freue ich mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit euch und darauf mit

ganzer Energie für eine starke LINKE im Europaparlament zu kämpfen! Überlassen wir Europa nicht denjenigen, die es an den Rande des Abgrundes gebracht haben. Übernehmen wir Verantwortung für ein soziales, demokratisches und friedlichen Europa ohne Grenzen!

Euer Helmut Scholz

„Frieden kostet Mut. Kriege Leben“

„Frieden kostet Mut. Kriege Leben“ - Warum unsere Partei an ihren friedenspolitischen Idealen festhalten muss

Liebe Genoss_innen, Friedenspolitik ist eines der Kernthemen unserer Partei. Die Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr ist gemeinsam mit dem Kampf gegen Rassismus und die unsoziale Politik der neoliberalen Parteien der Hauptgrund, weshalb es uns überhaupt gibt. Doch warum sind wir eigentlich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr? Natürlich, weil sie Menschenleben gefährden und die Probleme der Welt nicht lösen. Doch diese Erklärung klingt sehr abstrakt. Was solche Auslandseinsätze für Einzelne bedeuten, ist oft nur schwer zu erfassen.

Einsatz in Afghanistan – „Mir ist dort unten nichts Schlimmes passiert“

Diejenigen, die mich kennen, wissen ich studiere Politikwissenschaften und Geschichte. An der Universität habe ich Menschen kennengelernt, mit denen ich sonst wahrscheinlich nie in Berührung gekommen wäre. Eine dieser Personen, die ich mittlerweile zu meinen engsten Freunden zähle, war vor seinem Studium bei der Bundeswehr. Er war 12 Jahre Berufssoldat, davon 6 Monate im Einsatz in Afghanistan. Er sagt von sich selbst, dass er dort nichts Schlimmes erlebt habe. Er habe nie jemanden sterben sehen, er hatte keine „Gefahrensituationen“. Man könnte meinen, dieser Kampfeinsatz ging also spurlos an ihm vorbei.

Warum schreibe ich euch das? Der oberflächliche Eindruck, der Bundeswehreininsatz wäre an ihm ohne Narben vorbeigezogen täuscht, wie ich schnell merkte. Wenn wir feiern gehen, dauert es nicht lange, bis die Erinnerungen an diesen Einsatz bei ihm durchschlagen. Dann erzählt er mehr von seinem Einsatz, als wenn wir beispielsweise in der Mensa sitzen und essen.

Er erzählt dann sehr schnell über seine Erlebnisse in Nordafghanistan. Er erzählt

von den bettelarmen Menschen die kaum noch Zähne im Mund haben. Er erzählt von dem hysterischen Geschrei der Afghanen, wenn die Bundeswehr mit ihren Dingo-Transportern in ihre Dörfer fuhr. Er erzählt von der Krankenstation in seinem Camp, in der wöchentlich NATO-Soldaten aller möglichen Länder eingeliefert wurden. Er erzählt von dem Sand, der ihn überall scheuerte und der schließlich das Bild seiner damaligen Freundin so zerrieb, dass er sie nicht mehr erkennen konnte. - Ihm ist nichts Schlimmes passiert am Hindukusch, sagt er. Und doch erzählt dieser über 30-jährige Mensch, der sonst den Clown in Vorlesungen und Seminaren spielt und kein Wässerchen trüben kann, mit Tränen in den Augen, was er dort unten erlebt hat.

Was mir dieser Freund erzählt hat, hat mich sehr bewegt und mich nachdenklich gestimmt. Kriege und Gewalt helfen niemanden. Das ist ein Satz, der zwar richtig ist, aber wir sprechen ihn so oft aus, das er scheinbar zu einer Phrase verkommt. Auch in unserer Partei gibt es immer wieder Stimmen, die sich für Auslandseinsätze der Bundeswehr aussprechen – unter bestimmten Bedingungen, versteht sich. Doch wieso eigentlich? Noch nie konnte ein Kampfeinsatz irgendwo in der Welt die Probleme vor Ort lösen. Weder in Afghanistan, noch am Horn von Afrika und auch nicht im ehemaligen Jugoslawien, wo ja angeblich alles froh und heiter sei.

Kriege als Mittel der Politik ächten

Sicher, „wir“ haben in Afghanistan Brunnen und Straßen gebaut und Schulen für Frauen. Dass die Brunnen mehrheitlich in der Nähe von NATO-Stützpunkten und Camps gebohrt wurde, damit die eigenen Soldaten Wasser zur Verfügung hatten, sagt dabei niemand. Und dass Straßen dort gebaut wurden, wo die westlichen Armeen regelmäßig Patrouillen fahren, erfährt man aus den Nachrichten und der Zeitung auch nicht. Dass die meisten Schulen nach nur

wenigen Monaten wieder geschlossen wurden, weil sie wöchentlich unter anderem mit Waffen aus bundesdeutscher Produktion beschossen wurden, hört man auch nirgends.

Die sozialen Spannungen in vielen Teilen der Welt lösen sich nicht mit hochgerüstetem Militär. Es nützt vielleicht., wenn es darum geht, solche Spannungen zu unterdrücken aber die Quelle der Probleme werden damit nicht gelöst. Oft wird uns als LINKEN vorgeworfen, dass wir zu radikal seien. Karl Marx hat einmal gesagt „radikal sein ist die Sache an der Wurzel packen“. Bürgerkriege und andere Konflikte sind in ihren Ursprüngen durch eine ungleiche Verteilung des materiellen Reichtums bzw. im Machtstreben Einzelner begründet. Wie verzweifelt ist ein Mensch, der sich eine Bombe um den Körper schnallt und sich selbst in die Luft sprengt, weil er an die Hassreden religiöser Fanatiker glaubt? Wie verzweifelt ist ein Mensch, der am Horn von Afrika unter Lebensgefahr auf klapprigen Holzbooten moderne Frachter kapert? Die unsoziale neoliberale Politik der westlich-kapitalistischen Staaten ist es, der große Teile der Menschen in die existenzbedrohende Armut treibt und die Menschen zum Äußersten gehen lässt. Die Lösung von Konflikten kann nur in einer gerechten Verteilung des Reichtums liegen, den unsere Welt bietet. Auf einem Plakat der damaligen PDS stand der Spruch „Frieden kostet Mut. Kriege Leben.“ Und in der Tat erfordert es Mut, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf einem solidarischen Miteinander beruht. Trotz der Schwierigkeiten, die so ein Weg mit sich bringt, sollten wir als LINKE dennoch nicht von dieser Position abweichen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Probleme unserer Welt nur miteinander gelöst werden können.

Nico Burmeister



Offener Brief an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Die Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. M-V, Heidrun Bluhm, und der Vorsitzende der Linksfaktion im Landtag von M-V, Helmut Holter, wenden sich in einem Offenen Brief an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern ist weder in den Kommunen noch im Landtag an die Vereinbarung zwischen der Landesregierung, dem Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag gebunden und kritisiert diese: „Dieser Knebelvertrag, der die Kommunen zum Schweigen bringen soll, erfordert eine starke Stimme für die Interessen der Kreise, Städte und Dörfer.“, erklärte die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm. „Die LINKE wird ein wirksames kommunalpolitisches Sprachrohr und verlässlicher kommunalpolitischer Akteur bleiben.“



Mit dieser Vereinbarung wird es nicht nur den Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen nicht geben, sondern auch die aufgabengerechte und verlässliche Finanzausstattung wird in weite Ferne verschoben. „Der sehr oft verkündete Dialog zwischen der Landesregierung und den Kommunen bleibt auf der Strecke“, sagte der Fraktionsvorsitzende im Landtag Helmut Holter. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten sorgfältig prüfen, ob sie sich an diese Vereinbarung gebunden fühlen und so den Mund verbieten lassen.“ Hier der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Rahmen des Kommunalgipfels am 19. Februar dieses Jahres ist zwischen dem Land bzw. der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden eine Vereinbarung unterzeichnet worden. Neben Festlegungen zur Erstellung eines Gutachtens zum vertikalen wie horizontalen Fi-

nanzausgleich beinhaltet die Vereinbarung Aussagen über zusätzliche Unterstützung der Kommunen durch das Land und entsprechende (Gegen-)Leistungen der kommunalen Landesverbände bzw. mittelbar der Kommunen.

Für DIE LINKE ist diese Vereinbarung unter mehreren Aspekten zu kritisieren. Erstens entsprechen die jährlichen zusätzlichen Leistungen des Landes von 40 Mio. Euro bis 2017 annähernd der Forderung der kommunalen Verbände im Rahmen der FAG-Änderung zum 1. Januar 2014, Kostensteigerungen bei den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch zusätzliche Finanzausgleichsleistungen in Höhe von mindestens 36,67 Mio. Euro jährlich auszugleichen. Diese Forderung, von der Fraktion DIE LINKE im parlamentarischen Verfahren aufgegriffen und per Änderungsantrag unterstützt, wurde von der Regierung und den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Auch vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, hierbei von „zusätzlicher“ Landesunterstützung zu sprechen und als Koalitionsregierung dafür nunmehr kommunale Gegenleistungen einzufordern.

Zweitens war und ist allen Beteiligten klar, dass Sofort-, Sonder- oder Zusatzhilfen eine aufgabengerechte und verlässliche kommunale Finanzausstattung nicht ersetzen können. Auch aus diesem Grunde hat DIE LINKE die Forderung vieler Kommunen und beider kommunalen Landesverbände nach einer grundlegenden Novelle des kommunalen Finanzausgleichs bis zum Jahre 2016 in Parlamentsanträgen aufgegriffen und durch namentliche Abstimmungen auch für die Kommunalpolitik Transparenz geschaffen. Wenn nun aber die Fertigstellung eines vorbereiteten FAG-Gutachtens „erst bis zum Herbst 2016“ und ein neues FAG „erst zum 1. Januar 2018“ in o. g. Vereinbarung festgeschrieben werden, dann kann dies nicht im Interesse der kommunalen Familie sein. Es mag dem Bedürfnis der Landesregierung entsprechen, zu zentralen Fragen kommunaler Finanzausstattung fortan „keine öffentlichen Auseinandersetzungen“ führen oder ertragen zu müssen. DIE

LINKE hat Verständnis, wenn sich Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker derartige Regelungen verbitten.

Drittens sollen mit o. g. Vereinbarung zentrale kommunale Fragen der öffentlichen Auseinandersetzung entzogen werden, was nicht nur intransparent ist, sondern parlamentarisches Wirken erschwert. Über einen Zukunftsvertrag findet sich keine Silbe, dafür soll die Konsolidierung kommunaler Haushalte und der Personalausstattung „vorangetrieben“ oder die Schaffung zukunftsfähiger Gemeinden „forciert“ werden, wobei das entsprechende Leitbild erst noch erarbeitet werden muss. Und sollte das FAG-Gutachten tatsächlich auf Grundlage der bestehenden Gemeindestruktur erstellt werden, dann hat der Wunsch der Koalitionspartner nach neuen kommunalen Strukturen bis 2019 aus dem grundlegend überarbeiteten FAG des Jahres 2018 bereits wieder Makulatur gemacht. Konzeptionelle Politik sieht anders aus.

DIE LINKE ist an diese Vereinbarung nicht gebunden. Sie wird sich innerhalb und außerhalb des Landtages bzw. der kommunalen Vertretungen nicht den Mund verbieten lassen, sondern ein wirksames kommunalpolitisches Sprachrohr und verlässlicher kommunalpolitischer Akteur bleiben.

Heidrun Bluhm, MdB und Vorsitzende des Landesverbandes DIE LINKE. M-V

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag

Die kommunale Daseinsvorsorge schützen - Interview mit MdB Kerstin Kassner

Kommunalpolitik im Bundestag – wie passt das zusammen?

Kerstin Kassner: Zunächst möchte man meinen, dass Kommunalpolitik in erster Linie in den jeweiligen Bundesländern stattfindet. Aus meiner eigenen kommunalpolitischen Erfahrung, zunächst als Landrätin von Rügen und später als zweite stellvertretende Landrätin des neugeschaffenen Großkreises Vorpommern-Rügen, weiß ich natürlich, dass die Kommunen bis zu 90 Prozent der Gesetze ausführen müssen, die im Bundestag beschlossen werden. Außerdem beeinflussen die Entscheidungen des Bundestages im Steuerrecht in hohem Maße die kommunale Finanzlage, die objektiv betrachtet eher eine Finanzmisere ist. Wenn sich hier etwas verbessern soll, müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert werden. Dafür bin ich als kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion angetreten.

„Wer bestellt, bezahlt“ – weshalb gilt diese Regel offenbar nicht in den Beziehungen zwischen Bund und Kommunen?

Das Konnexitätsprinzip wird häufig mit der Kurzformel „Wer bestellt, bezahlt“ umschrieben. Es ist mittlerweile in allen Flächenländern in den Landesverfassungen verankert und sollte natürlich auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommune gelten. Die verantwortlichen Regierungsparteien – während der Planung SPD und Bündnis 90/Die Grünen und während des Bundestagsbeschlusses CDU/CSU und SPD als Große Koalition – haben sich bei der ersten Föderalismusreform allerdings dagegen entschieden, ein striktes Konnexitätsprinzip zugunsten der Kommunen in das Grundgesetz aufzunehmen. Stattdessen wurde das sogenannte Aufgabenübertragungsverbot in die Verfassung geschrieben. Das Problem hierbei ist, dass Aufgaben, die bereits vor 2006 auf die Kommunen übertragen wurden, nicht von diesem Verbot erfasst werden, so dass die Kommunen nicht ausreichend geschützt sind. Das trifft zum Beispiel im Bereich von Hartz IV sowie für die Erweiterung bestehender Aufgaben zu.

Ihre Fraktion hat als einzige im Bundestag einen „Kommunal-TÜV“. Was ist das?

Die verschiedenen Bundesregierungen erlassen oft Gesetze, ohne deren Auswirkungen auf die kommunale Ebene zu berücksichtigen. Das ist einer der Hauptkritikpunkte, die wir immer wieder vorbringen. Deswegen ist es für uns ein Gebot der Glaubwürdigkeit, dass wir dies nicht nur bei anderen kritisieren, sondern auch bei unseren eigenen Anträgen und Gesetzesentwürfen die Folgen für die Kommunen vorher prüfen. Wenn die Kommunen durch Forderungen von uns mit höheren Ausgaben belastet werden, suchen wir nach Wegen, hierfür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Verantwortlich hierfür ist die Kommunal-AG der Fraktion.



Das klingt ein bisschen abstrakt. Können Sie das an einem Beispiel aus der Praxis erklären?

Zu unseren Forderungen zählt ja zum Beispiel die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Bei Wegfall des Asylbewerberleistungsgesetzes würden die Menschen, die bisher in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes gefallen sind, in der Regel in den Anwendungsbereich des SGB II, also Hartz IV, fallen. Das würde zu höheren Ausgaben der Kommunen im Bereich Kosten der Unterkunft führen. Da wir den Kommunal-TÜV schon in der letzten Wahlperiode hatten, haben wir unsere Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes also ergänzt und sagen nun, dass der Bund die zusätzlichen Kosten ausgleichen muss, zum Beispiel durch Aufstockung des Bundesbeitrages für die Kosten der Unterkunft.

Gut, dass Ihre Fraktion darauf ein Auge hat. Aber was ist mit den drei anderen Fraktionen, die ja nun einmal über 90 Prozent der Sitze im Bundestag innehaben?

Es ist natürlich klar, dass wir mit unseren 8,6 Prozent nicht im Alleingang bestehende Gesetze ändern können. Es ist aber wichtig, dass wir hier Diskussionen anstoßen und gleichzeitig engen Kontakt zu den Akteuren des Bundestages, zum Beispiel zu kommunalen Amts- und MandatsträgerInnen sowie zu zivilgesellschaftlichen Akteuren halten, um deren Erfahrungen in die Debatten einzubringen. Als LINKE legen wir ohnehin stets Wert darauf, dass wir Veränderungen vor allem mit den Menschen, also auch unseren Wählerinnen und Wählern, zusammen erreichen. In der letzten Wahlperiode hat die Fraktion beispielsweise die europäische Bürgerinitiative „right2water“ unterstützt, die maßgeblich daran beteiligt war, dass die kommunale Trinkwasserversorgung vor Liberalisierungsbestrebungen der EU geschützt wurde.

Welche Herausforderungen ergeben sich aus Ihrer Sicht in dieser Wahlperiode in Sachen Kommunalpolitik?

In diesem Rahmen lassen sich natürlich nur einige der Herausforderungen skizzieren. Der Bund muss sich in angemessener Weise an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen. Dies gilt insbesondere für den sozialen Bereich. Bei der versprochenen Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung sehen wir noch keine Anzeichen, dass dies tatsächlich in dieser Wahlperiode geschehen wird. Und auch bei den Steuereinnahmen müssen die Kommunen stärker beteiligt werden. Wir werden hierzu unser Konzept der Gemeindefinanzsteuer in die Debatte einbringen. Ein weiterer Schwerpunkt wird vor dem Hintergrund des geplanten Freihandelsabkommens TTIP zwischen den USA und der EU sicher der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge sein.

linksfraktion.de, 4. März 2014



Kurt Kaiser vertellt oewer einen „Lieblingsurt von de Nachtigallen“ - Deil 1

Siet denn 4. September 2011 is ut de bithrigen Landkreise Bad Doberan und Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern, **Landkreis Rostock** worden. Mit 3431 km² is dat de viertgrötste Landkreis in Düütschland. Kreisverwaltungs-Standurt för 13 Ämter sünd Güstrow un Bad Doberan. Ein Amt hett dorvon de Stadt Krakow am See inne, un is verantwortlich för 6 Gemeinden, dorunner ok Kuchelmiß.

Miene Öllern säden einst, stolz oewer de Gegend in de wi wahten: „Hier slögt dat Hart von Meckelnborg.“ Un mien Opa, de sien Läben lang mit Schap dörch de Gegend häuden deed, har dortau ok siene eigen Meinung: „*Uns leif Herrgott hett hier mit de lestied Hümpel un Barge tausamen schaben, dorup Böhm un Strüker wassen laten, de ehre Twieg tau ´n Häwen hochrecken künn. Ok an Wadersöll, un Seen hett hei dacht, de nu mit blaage Ogen in ´n Häwen kieken. Hier is ´t schöner as woanners, dat man Gott priesen künn, wenn alls gerecht verdeilt wier. Oewer de Herr in Häwen sägent man blots Fürsten, Ritter, Junker un Pfaffen, de uns as Buern rechtlos maakt, Land un Aust stahlen hemm! Wier dat etwa gerecht?*“ -

De Urt Kuchelmiß, gelägen twischen Seen un de Grot Bäk: „Näbel“, mit dat glieknamige Grote Holt: „Näbelholt“¹⁾, kreech einst von slawische Siedler in ´t 12. Jöhrhunnert sienen Namen, wat bedühden süll: hier is en „Lieblingsurt von Nachtigallen“. Nachtigallen hemm wi hier nich mihr. Oewer

wenn de Slawen man blot uns heimischen Sprosser (*Luscinia luscinia*) meinten, makt dat ok nix. Dei hemm denn fast glieken leiwlichen Gesang. Sogor uns Fritz Reuter, betiekende einst disse Gegend hier as dat „frühere Paradies“²⁾.

Uns Heimatgeschichte seggt ut, dat dörch einen Krüztog gegen de Wenden de Hohenstaufen Kaiser Konrad III. anno 1147, dit Gebiet erobert un mit düütsche Kolonisten besiedeln leet. De Inwanderer kreegen Holt (Urwälder) tau ´n Roden un Kultivieren. De niegen Urtsnamen endten dor meist mit ...-hagen. Hagen heit so väl as Lichtung, de taun Schutz gegen Wülfe meist intühnt wier. In Meckelnborg entstün ´n up disse Ort väle Dörper, taun Bispill: Ahrenshagen (Adlergorden), Krakow an ´n See (Rabenurt). Um 1220 n. Chr. geeft dat ok all in de wendischen Dörper Serrahn (Tzeran, „Aalwehr“) un Kuchelmiß. In Serrahn, stünn all um 1200 ein Burg, de bit 1453 de Fürsten von Werle-Güstrow un Meckelnborg gehörte. Wendenfürst Nicolaus I. geeft 1229 n. Chr. an Ritter Eduard I. Hahn, Kuchelmiß as Lehen, tau ´n Dank för Kriegsdeinste. Ein Jöhr dorhah kreech de Stammvadder von ´t Hahn-Geschlecht, einen Soehn un bugte vull Dankbarkeit för Gott un Fürst Nikolaus, de Burg Kuchelmiß un bit 1240 de Kark in Serrahn. De Dankbarkeit un Frömmigkeit von de Sippe Hahn har ok noch annere Sieden: 1426 bit 1428 unnernehm Matthias Hahn von Kuchelmiß ut etliche Raubtöge un ok Eckard II. Hahn höl dat nahsten so, bit 1455. De Ritter-

schaft Hahn, un nich nur de, beriekerten sik dörch Fehden un Plünnerungstög. De Chronik bericht´ oewer Ritter Hahn, de bi Krenzlin, acht Buern un einen Vasallen, wecker doröwer starwt, gefangen nehm. Anno 1428 würn de Dörper in de Probstei Neukloster un ein Dörp von de Probstei Rehna utplünnert. De Bewahner von ´t Land Ruppın harn 1426 dörch Oeberfäll grote Schäden, oewer de dat heit, dat Hahns de Hauptlüd bi disse Fehden wiern. In ´n Jöhr 1450 rächten sik de Börger von Perleberg, Kyritz un Wusterhusen wägen de langjöhriegen Räuberien, indem se drei, denn Ritter Hahn gehörende Dörper, südöstlich von ´n Krakower See brandschatzt hemm. Irrtümlicher Wies, so heit dat noch, si dorbi ok dat Dobbertiner Klostersgaud in Brand steckt worn. Dörch Rauf- un Brandfehden in Meckelnborg sünd, twischen 1417 bit 1467, väle Familien utstorben un Gäuder verwüst´ worn.³⁾

Quellen:

¹⁾ Nebel (auf Platt: Näbel) heißt der kleine Fluss, der am Ende der Eiszeit vor 10 000 Jahren sich durch das Nebeldurchbruchtal und einem großen Waldgebiet – das Näbelholt – einen Weg nach Norden, zur Ostsee bahnte.

²⁾ Fritz Reuter „De Urgeschicht von Meckelnborg“

³⁾ Jost Fichtner, Wilser Hütte, und 10 Autoren der Schöpfung „Chronik Serrahn-Kuchelmiß“ (CD).

Leserbrief von Ralf Malachowski

Im Februar-Klartext druckten wir einen Artikel von Helmut Scholz zum Thema Ukraine sowie eine Stellungnahme linker Umweltpolitiker zum FAZ-Artikel Oskar Lafontaines (gegen eine Zerstörung der Kulturlandschaft durch Windräder) ab. Dazu erreichte uns folgender Leserbrief Ralf Malachowskis:

Erst mal möchte ich die Redaktion des Klartextes loben, im Februar sind wirklich 2 interessante Themen im Klartext abgedruckt worden. 1. Thema: Ukraine, 2. Thema: Rolle rückwärts oder der Zukunft zugewandt. Ich hoffe auf eine interessante Diskussion.

Zurück zur Ukraine. Die Politik der EU und der deutschen Regierung ist sowas von verlogen, das es bald nicht mehr zu ertragen ist. Janukowitsch der böse Mann,

lässt durch die Polizei Gewalt anwenden auf die ach so armen Demonstranten! Wenn das selbige in Deutschland passieren würde, brennende Barrikaden auf dem Alexanderplatz und vorm Bundeskanzleramt, wir fordern würden, Frau Merkel soll abtreten, die Ministerpräsidenten würden abgesetzt werden (Gouverneur = Rang eines Ministerpräsidenten) – was würde wohl geschehen? Auch Frau Merkel würde den Polizeiapparat in Gang setzen. Die Polizei würde genauso auf die Demonstranten einschlagen lassen und die Wasserwerfer einsetzen. Glaubt Ihr nicht? Auch in der ach so demokratischen BR-Deutschland gibt es das! Genannt sei die Anti-Nazidemo 2011 in Dresden: Tränengas versprüht auf die Demonstranten, war selber dabei, hatte Glück, dass ich hinten stand; Blockupy-

Demo 2012 und 13. Anti-Nazidemo 2014 in Magdeburg, friedliche Demonstranten wurden von der Polizei gejagt, wir konnten uns in der Uni Magdeburg verstecken! Stellt euch mal vor, Janukowitsch und Putin sehen das im Fernsehen, bestellen die deutschen Botschafter zu sich hin und fordern: Keine Gewalt den Demonstranten! Das Geschrei unserer Regierung wäre groß! Einmischung in innere Angelegenheiten würde es heißen! Und wenn man dann noch sozialistische Reformen fordern würde, dann wäre man ein ganz besonderer übler Bursche bzw. Mädel! Das musste mal gesagt werden!

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Und nun zur Kritik an Oskar Lafontaine: Erst mal möchte ich die Verfasser dieses Textes loben. Ich finde es gut, dass das im Klartext abgedruckt wurde und nicht im Spiegel, Stern oder FAZ und anderer neoliberaler Mainstreampresse. Ich finde es

nicht gut, dass Oskar über das Thema Windenergie in der FAZ fabuliert. Das hat auch was mit innerparteilicher Kommunikation zu tun! Jeder der mich kennt, weiß dass ich ein Anhänger von Oskar Lafontaine bin! Aber, und nun muss ich die Verfasser dieses Artikels tadeln, auch andere Genossen wenden sich an die Mainstreampresse, mit Themen die nicht mit unserem Erfurter Programm konform gehen! Hier sei der Genosse Stefan Liebich genannt! Auch der Genosse Liebich gibt Interviews in der Mainstreampresse. Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr! Genosse Liebich meint, man könne ja Unimis-Einsätze oder Blau- und Grünhelmein-

sätze zustimmen. Das geht gar nicht!! Im Erfurter Programm steht: Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Und das ist auch richtig so. Deutschland hat 2 Weltkriege verursacht! Wenn der Genosse Liebich dies noch in einer Parteizeitung zur Diskussion gestellt hätte, hätte ich noch zähneknirschend mit leben können, dann aber mit der Frage: Wozu haben wir ein Parteiprogramm, woran wir uns dann nicht halten? Auch werde ich den Verdacht nicht los, dass bei Oskar Lafontaine und Stefan Liebich mit zweierlei Maß gemessen wird: bei Oskar in Kubikmeter, und bei Stefan in Mikromilimeter. Ich hätte mir von den Verfassern dieses Textes, genauso einen kritischen Text zu Stefan Liebich gewünscht. Aber wir sind nicht bei Wünsch Dir Was mit Irmgard Düren; nein, das ist ein kritischer Leserbrief von Ralf Malachowski! Ich freue mich auf eine interessante Diskussion!

sätze zustimmen. Das geht gar nicht!! Im Erfurter Programm steht: Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Und das ist auch richtig so. Deutschland hat 2 Weltkriege verursacht! Wenn der Genosse Liebich dies noch in einer Parteizeitung zur Diskussion gestellt hätte, hätte ich noch zähneknirschend mit leben können, dann aber mit der Frage: Wozu haben wir ein Parteiprogramm, woran wir uns dann nicht halten? Auch werde ich den Verdacht nicht los, dass bei Oskar Lafontaine und Stefan Liebich mit zweierlei Maß gemessen wird: bei Oskar in Kubikmeter, und bei Stefan in Mikromilimeter. Ich hätte mir von den Verfassern dieses Textes, genauso einen kritischen Text zu Stefan Liebich gewünscht. Aber wir sind nicht bei Wünsch Dir Was mit Irmgard Düren; nein, das ist ein kritischer Leserbrief von Ralf Malachowski! Ich freue mich auf eine interessante Diskussion!

Wolfgang Gehrke in Bad Doberan

Zum ersten Mal ist die Regionalgruppe (RG) des RotFuchs (RF) Rostock in Bad Doberan zu ihrer Bildungsveranstaltung aufgetreten. Diese Co-Produktion mit den Kreisverband Rostock Land Die Linke war ein Versuch, die vielen RF-Leser und Mitglieder der Linken rund um Bad Doberan an den Bildungsveranstaltungen teilhaben zu lassen. Als Gastreferent konnte Wolfgang Gehrke MdB Die Linke gewonnen werden, der zum Entwurf des EU-Wahlprogramms gesprochen hat.

In seinen sehr detaillierten Ausführungen ging er zunächst auf die medialen Angriffe der bürgerlichen Medien auf die vorliegenden Entwürfe, wie z. B. Die Linke sei europafeindlich oder nationalistisch, ein und wies diese mit sehr guten Argumenten mit aller Entschiedenheit zurück. Nach einem kurzen Abriss über die Entstehungsgeschichte der EU, welche sich zunächst als ein rein ziviles Bündnis darstellte, wurde nicht erst mit dem Lissabon-Vertrag der militärische Charakter dieser Organisation entwickelt. In jenem Lissabon-Vertrag haben u.a. per Gesetz die Mitgliedstaaten der EU die Verpflichtung, die militärische

Aufrüstung auf den neusten Stand in ihrem Land zu gewährleisten. So haben die EU-Mitgliedstaaten nunmehr Kriege in aller Welt geführt, wie Frankreich in Vietnam oder jetzt in Afrika. Auf den in der BRD bezogenen Militarismus meinte Wolfgang, dass der deutsche Militarismus nicht mehr der der Pickelhaube ist, sondern sich in Gestalt einer zarten Frau namens von der Leyen darstellt. Das die EU und ihre nachgeordneten Instanzen mitunter gegen nationales Recht verstoßen, hat unlängst der portugiesische Gerichtshof entschieden, der das Agieren der EU-Troika scharf kritisierte. In diesem Zusammenhang stellte Wolfgang Gehrke die Frage, „Wer hat in der EU die Troika gewählt?“, um anschließend mit Fakten zu belegen, dass wo die Troika herrscht, die Demokratie ausgewandert ist“.

Als ganz wichtig sah unser Referent die Notwendigkeit, dass Die Linke schärfer die Alternativen zu jetzigen EU-Politik benennen muss. Insbesondere ist die Partei AfD - als Rechte mit Nadelstreifen in einer Elitevereinigung klar zu entlarven.

Besonders dringend appellierte Wolfgang

Gehrke, dass wir einen gemeinsamen linken Wahlkampf mit allen linken Kräften in den EU-Mitgliedstaaten führen müssen und uns solidarisch gegenseitig unterstützen, damit auch kleinere Nationen, ihre linken Kandidaten ins EU-Parlament entsenden können. Auch diese Aussagen fanden einhellige Zustimmung bei den Anwesenden.

In der sehr rege geführten Diskussion stimmten die Anwesenden darin überein, dass sie in großer Sorge sind, dass der klare antikapitalistische Kurs im Alternativantrag von Diether Dehm und Wolfgang Gehrke sich nicht im EU-Wahlprogramm wiederfindet. Große Befürchtung existiert bei den Gästen, dass man gerade in der Friedensfrage hinter das Parteiprogramm zurückfällt.

Es war eine gelungene Auftaktveranstaltung des RotFuchses in Bad Doberan und es wird Fortsetzungen geben.

Carsten Hanke, Vorsitzender RotFuchs Rostock



Eine Gesamtmitgliederversammlung einmal anders



Jahre 2011 ist zu lesen: „Das ist keine „Affäre“ des Herrn Fink“, sagte Günter Grass im Gespräch mit dem Journalisten Andreas B. Bengsch. „Die eigentliche „Affäre“ liegt darin, dass Stasi-Akten nahezu ungeprüft den Wert von unbestreitbaren Dokumenten bekommen und der jeweils Beschuldigte, ohne Einsicht nehmen zu können in diese Dokumente, von sich

nach der DDR dürfen nicht verloren gehen. Wahrheiten und Tatsachen lassen wir nicht von den neuen Geschichtsschreibern entstellen und leugnen. Mit warmen und herzlichen Beifall dankten wir Gen. Prof. Fink und wünschten ihm zukünftig alles Gute.

Hans-Jürgen Donner, Sprecher des Stadtteilverbandes Lütten Klein

Eine Kurzbiografie zum Schluss:

Heinrich Fink wurde 1935 in Korntal/Bes-sarabien (heute Moldawien) geboren. Als Kind erlebte er Umsiedlung und Flucht. Nach dem Abitur in Genthin 1954 studierte er bis 1960 evangelische Theologie an der Humboldt-Universität. Nach Vikariat und praktischer kirchlicher Ausbildung in Halle/Saale von 1960 bis 1961 folgte 1965 die Promotion und 1969 die Habilitation an der Humboldt-Universität. 1969 wurde er zum Dozenten, 1979 zum ordentlichen Professor für praktische Theologie berufen. Seit 1980 Direktor der Sektion Theologie, nach 1989 Dekan der Theologischen Fakultät, wurde er 1990 zum Rektor der Humboldt-Universität gewählt, 1992 auf Grund falscher Anschuldigungen aus seinem Amt gejagt. Von 1998 bis 2001 war Heinrich Fink für die PDS Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2003 ist er Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Link: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0787_fink.htm

Am 3. Februar 2014 hatten wir Gen. Prof. Dr. Heinrich Fink zu einer Buchlesung aus seinem autobiografischen Buch „Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde“ eingeladen. Die Lesung wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen der politischen Bildung gefördert. Gen. Günter Walter vom Stadtteilverband Südstadt übernahm die Betreuung von Gen. Prof. Fink sowie die Leitung der Veranstaltung. Mit großer Erwartung waren 45 Genossinnen und Genossen sowie einige Gäste aus den verschiedenen Stadtteilen ins Mehr-generationenhaus Lütten Klein gekommen. Sie wollten von einem Zeitzeugen die „Wendung“ der weltberühmten Humboldt-Universität Berlin und die Abwicklung des ersten freigewählten Rektors, Prof. Dr. Heinrich Fink, erfahren.

Es war anfangs nicht einfach für Gen. Prof. Fink, dieses Buch zu schreiben. Zu tief waren die schmerzlichen Erinnerungen und Umstände seiner Amtsenthebung. Auf Drängen und Raten naher Freunde entschloss er sich, in mehreren Folgen das Zeitdokument der damaligen Geschehnisse für eine Zeitschrift zu schreiben. Daraus ist dann später ein Buch entstanden. Es soll die Erinnerungen fest- und wachhalten, wie die neuen „Wendeherrn“ mit Unliebsamen umgegangen sind. Viele Prominente des öffentlichen Lebens, die Mitarbeiter der Uni und tausende Studenten setzten sich für ihren Rektor, Prof. Dr. Heinrich Fink, ein. Eine Demokratisierung war nicht das, was die Regierenden im Sinne hatten. Gen. Prof. Fink wurde eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit unterstellt, obwohl sogar das Gericht, nach Prüfung der Akten, keine Beweise entdecken konnte.

Auf der Homepage des VVN-BdA aus dem

aus den Beweis antreten muss, dass das, was dort die Stasi geschrieben hat, nicht stimmt. Es ist eine Ungeheuerlichkeit von einem Ausmaß, das noch kaum zu fassen ist. Wenn ich es auf einen Satz bringen will, hieße der: „Nie ist der Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR so erfolgreich gewesen wie nach seiner Abschaffung. Er wirkt jetzt fort. Das ist ein Gift, das gesetzt worden ist und sich offenbar überträgt. Und das führt zu peinlichen Dingen.“ Grass war einer der vielen, auf den der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) nicht hörte. „Die Kampagne gegen mich als gewählten Rektor der Berliner Humboldt-Universität und als Kandidaten für eine zweite Amtszeit duldeten keinen Widerspruch“, sagte Gen. Prof. Fink.



Für uns Teilnehmer war es eine interessante Lehrstunde der Geschichte. Für viele wurden die eigenen Erlebnisse aus der Nachwende-Zeit wieder lebendig. Die Meisten hatten in ähnlicher Art und Weise persönlich Erlebnisse und sie berichteten davon. Einig waren wir uns zum Schluss, dass wir für die Generationen nach uns die Erlebnisse und Ereignisse aufschreiben müssen. Unsere Lebenserinnerungen in und

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Donnerstag, 6.3.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Stadthaus
Samstag, 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier DIE LINKE	Bad Dob.	Kornhaus
Montag, 17.3.	16:00 Uhr	RotFuchs: Prof. Götz Dieckmann spricht zum Thema 10 Jahre RotFuchs in HRO	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Mittwoch, 19.3.	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung LRO	Sanitz	Gaststätte "Mecklenburger"
Donnerstag, 20.3.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen: Dr. Martina Bunge zur Rententhematik nach den Koalitionsverhandlungen	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Donnerstag, 27.3.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Kreishaus
Dienstag, 8.4.	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung LRO	Kritzkow	Gaststätte

Kampf um Gerechtigkeit

Die zweite RotFuchs-Bildungsveranstaltung fand am 20. Februar 2014 in den gewohnten Räumlichkeiten des Mehrgenerationenhauses (MGH) in Evershagen statt, nachdem eine Woche zuvor in Bad Doberan erstmals dort im Kornhaus eine RotFuchs-Veranstaltung mit Erfolg durchgeführt worden ist.

Als Gastreferent im MGH konnte Hans Bauer, der Vorsitzende der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V., durch den Vorsitzenden des RotFuchs Rostock herzlichst begrüßt werden.

Eingangs der Ausführungen von Hans Bauer wurden die wichtigsten zu behandelnden Themenfelder in der GRH, wie der Kampf um Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde genannt. Bei diesen genannten Themenfeldern, die Hans Bauer jeweils mit entsprechenden Beispielen untermauerte, wurde für die Zuhörer sehr deutlich, dass diese GRH gebraucht wird, da sie sich einmischen und sich solidarisch mit allen Bürgern dieses Landes, die wegen ihres Denkens und Tuns im und für den sozialistischen deutschen Staat verfolgt, bestraft, kriminalisiert, diskriminiert und ausgegrenzt werden, einsetzt.

An Hand von ganz konkreten Beispielen untermauerte Hans Bauer seine vorher gemachten Äußerungen, dass dieser Staat es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt und verwies diesbezüglich u.a. auf die Aussagen des Bundestagsabgeordneten Rehberg (CDU) im Zusammenhang mit dem Nachlass der Familie Quandt für die Partei Die Linke, was u.a. die Folge hat, dass ge-

gen den Herrn Rehberg Anzeige erstattet wurde.

Sehr umfassend wurde in den weiteren Ausführungen darlegt, dass die Diskriminierung von 100.000 bzw. Millionen Menschen in diesem Land ein juristisches wie rechtliches Problem darstellt, obwohl im Grundgesetz (GG) in Artikel 1-3 der Nichtdiskriminierung ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. So wird im GG gewährleistet, dass unter Artikel 3 niemand wegen seines Glaubens, religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

In der anschließenden Diskussion wurden sehr anschaulich zahlreiche Beispiele dargelegt, die deutlich machen, dass die gängige Praxis gerade gegenüber Andersdenkenden in diesem Staat sich anders widerspiegelt als im GG festgeschrieben steht.

Zusammenfassend betonte Hans Bauer nochmals die große Bedeutung und Notwendigkeit in der Zusammenarbeit aller linken Gruppierungen für gemeinsame Aktionen. Genau diese Zielsetzung findet auch in den RotFuchs-Leitsätzen ihre Verankerung.

Carsten Hanke

Vorsitzender RotFuchs Rostock

Post aus der Ukraine – Bila Zerkwa (Belaja Zerkow)

„Liebe deutsche Freunde!

Die Veteranenorganisation des 8.-9. Mikrorayons der Stadt Bila Zerkwa dankt Ihnen für die Neujahrsgeschenke für die Mitglieder unserer Organisation. Wir wünschen Ihnen gute Gesundheit, Glück, Liebe und viele Lebensjahre.

Möge Gott Ihnen für Ihre guten Taten danken.

Hochachtungsvoll im Namen aller Mitglieder des Mikrorayons.“

Auch zum Jahreswechsel 2013/14 war es durch die Unterstützung vieler Genossinnen und Genossen der Linken, von Mitgliedern der Volkssolidarität, der Fraktion der Linken in der Rostocker Bürgerschaft, des Kindergartens „Kinnerhus“ in Lütten-Klein, der beiden dfb-Gruppen aus Rostock-Reutershagen möglich, die Paketaktion für Bürger der Ukraine zu wiederholen.

Auch Sympathisanten und Bürger aus Bandelstorf, Nienhagen, Bützow, Sternberg und Sanitz waren dabei, vor allem durch die Tschernobylkatastrophe geschädigten älteren Bürgern in Bila Zerkwa zum Jahreswechsel eine große Freude zu bereiten.

So konnten wir 185 Pakete übergeben und 305 Euro auf das Konto des Vereins „Tschernobylhilfe e.V.“ überweisen.

Sicher ist es vielen der Spender körperlich und finanziell nicht leicht gefallen, solch ein Paket im Wert von ca. 20 Euro zu packen.

Aus Briefen, Urkunden und einigen Gesprächen erfuhren wir von der großen Freude der Paketempfänger. Für viele war es das einzige Weihnachtsgeschenk, das sie erhielten und von dem sie auch ihren Enkeln etwas abgeben konnten.

Im Namen des Vereins „Tschernobylhilfe e.V.“ und vor allem im Namen der Mitglieder der Linken und der Volkssolidarität in Reutershagen, die seit mehr als zehn Jahren die Initiatoren dieser jährlichen Aktion sind, möchten wir allen Unterstützern ganz herzlich danken.

Renate Jänicke

Sprecherin der BO 183, Rostock-Reutershagen

30. Todestag von Hans Warnke

Aus einer Arbeiterfamilie stammend, erlernte Hans Warnke den Beruf eines Dachdeckers und arbeitete als Geselle in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen Oldenburg und Mecklenburg. In dieser Zeit wurde er Mitglied der SAJ und der SPD. Ab 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, beteiligte er sich aktiv an der Novemberrevolution und gehörte drei Monate der Hamburger Volkswehr des Arbeiter- und Soldatenrates an. 1918 trat er der USPD bei und nach deren Auflösung zur VKPD über. In der Inflationskrise des Jahres 1923 schloss er sich Bestrebungen an, eine Räterepublik auch mit Waffengewalt zu errichten. Dafür wurde er am 6. 5. 1924 verhaftet und vom Staatsgerichtshof zu zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus verurteilt.

Ab 1926 bis 1933 war er als Pol. Leiter bzw. Org.-Sekretär des Bezirkes Mecklenburg der KPD tätig.

Von 1920 bis 1924 und von 1921 bis 1931 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Güstrow und von 1924 bis 1933 Mitglied des Mecklenburgischen Landtages. Sein besonderes Engagement war darauf gerichtet, das Abwälzen der Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land zu verhindern und eine antifaschistische Einheitsfront gegen die drohende Gefahr des Faschismus zu schaffen.

Hans Warnke bereitete seine Partei schließlich auf die Illegalität vor. Am 13. März 1933 wurde er bei einer illegalen Zusammenkunft in Neustrelitz verhaftet und verbrachte zweieinhalb Jahre im Gefängnis. 1937 und wieder 1938 in „Schutzhaft“ genommen, wurde er 1939 und 1944 in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Dort half er anderen Genossen, darunter Bernhard Quandt von körperzehrender Arbeit wegzukommen, in dem er sie unter der Hand kurzfristig als Dachdecker anlernte. Nach dem Attentat auf Hitler fand er sich vor seiner Überführung in das KZ-Sachsenhaus in Bützow-Dreibergen in einer Zelle mit Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wieder. Sie gelangen zu der Schlussfolgerung, sollten sie die Befreiung erleben, nie wieder gegeneinander, sondern nur noch zusammen zu arbeiten. Aus dem KZ entlassen, nahm er im Frühjahr 1945 die wenigen Möglichkeiten illegaler Tätigkeit wahr und trug mit einer kleinen Gruppe durch Kontaktaufnahme zur Roten Armee wesentlich zur kampflosen Übergabe der Stadt Güstrow am 2. Mai 1945 bei.

Im Auftrag des Stadtkommandanten leite-

te er Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens und zur Unterbringung zahlreicher Flüchtlinge ein. Er wurde als Bürgermeister und als so genannter Oberbürgermeister darüber hinaus für den erweiterten Landkreis Güstrow eingesetzt.

Bei der Bildung der Landesverwaltung für Mecklenburg-Schwerin am 4. Juli 1945 wurde Wilhelm Höcker (SPD) zum Präsidenten und Hans Warnke (KPD) zum Vizepräsidenten berufen und bei den Landtagswahlen 1946 bestätigt. Auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD 1946 wurde Hans Warnke in den Parteivorstand, später in das ZK der SED gewählt, aus dem er 1981 ausschied. Seit Gründung der DDR bis 1963 gehörte er der Volkskammer der DDR an.

Die Jahrzehnte seines Lebens nach der Befreiung vom Faschismus waren davon geprägt, das Land durch die demokratische Bodenreform und die Entwicklung der Landwirtschaft sowie den Aufbau der Werftindustrie und der See- und Hafenvirtschaft voranzubringen. Nach kurzfristiger Tätigkeit als Staatssekretär im Innenministerium der DDR wurde er am 1. August 1952 zum Ratsvorsitzenden des Bezirkes Rostock gewählt. 1960 wurde er Direktor der Hafenbehörde Rostock und stand ab 1965 dem Büro des Präsidenten des VEB Hafen- und Seewirtschaft vor.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben engagierte er sich für die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Übermittlung der Erfahrungen an die Jugend.

Seine erste, seit 1924 mit ihm verheiratete Ehefrau Emma, stand ihm in den Jahren der Verfolgung und des Neubeginns zur Seite. Schmerzhaft mussten er und seine Frau 1956 erfahren, dass sein mit in die Ehe eingebrachter Stiefsohn, Karl-Heinz Schmidt, der 1932 in die UdSSR als Autoschlosser gegangen war, um beim Aufbau zu helfen, den stalinistischen Verfolgungen zum Opfer gefallen war.

Für seine Verdienste wurde Hans Warnke mit vielen hohen Auszeichnungen geehrt, so mit dem Karl-Marx-Orden, dem Vaterländischen Verdienstorden und dem Stern der Völkerfreundschaft. Seine Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt Rostock wurde nach 1990 gelöscht.

Er wurde auf dem Gräberfeld 3 - Verfolgte des Naziregimes im Neuen Friedhof Rostock beigesetzt.

Johanna Jawinsky

Up un Dal



Gewinnerin: DIE LINKE verleiht Inge Hannemann, die wegen ihrer Kritik an der Sanktionspraxis ihre Arbeit bei der Arbeitsagentur verlor, den Clara-Zetkin-Ehrenpreis.

Verlierer: Die Menschen in der Ukraine. Hilflöser Spielball der geopolitischen Strategen in Washington, Moskau, Berlin und Brüssel.

Monatszitat

„Mein **Wunsch an die Jungen:** vergesst mir die **Alten** nicht! Denn sie sind das Rückgrat der Partei! Mein **Wunsch an die Alten:** schenkt den **Jungen** Euer Vertrauen und Unterstützung! Denn sie sichern die Zukunft der Partei!“

Wolfgang Methling in seiner Abschiedsrede auf dem Rostocker Kreisparteitag

Monatszahl

13 Auslandseinsätze hat die Bundeswehr derzeit zu bewältigen. Da geht noch mehr, meint nicht nur Joachim Gauck, sondern eine ganze Phalanx von „Militärstrategen“ und einer „Militärstrategin“ in der Großen Koalition.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer bildet die neue Doppelspitze im Kreisverband Rostock?

2. Wer wurde im Landkreis einstimmig zum Spitzenkandidaten der LINKEN gewählt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.04.2014